

## **Antrag**

**der Abgeordneten Franziska Rath, Karl-Heinz Warnholz, Dr. Jens Wolf,  
Jörg Hamann, Wolfhard Ploog (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Damit die Integration gelingt – Mehr Migranten fürs Ehrenamt gewinnen,  
Integrationsbeirat reformieren**

Bei der Integration der Flüchtlinge könnten Ehrenamtliche, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen, eine entscheidende Schlüsselrolle einnehmen. Allerdings gibt es noch viel zu wenige Migrantinnen und Migranten, die sich der herausfordernden Aufgabe stellen, obwohl gerade sie über Erfahrungen und Sprachkenntnisse verfügen, die es den Flüchtlingen erleichtern würde, sich in Deutschland zurechtzufinden.

Tatsächlich belegt das aktuellste Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2014, dass unter Menschen mit Migrationshintergrund, die zwar in Deutschland geboren sind, aber keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, das Engagement mit 31,1 Prozent deutlich geringer ist als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund (46,8 Prozent). Zahlen über das ehrenamtliche Engagement von Migrantinnen und Migranten speziell für Hamburg gibt es allerdings nur wenige. Im Bereich Sport befasst sich das Hamburger Integrationskonzept 2017 auch mit der Zahl der Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund, doch ansonsten spielen Ehrenamtliche nur eine Rolle als Integrationshelfer, ohne dass der Aspekt ihrer eigenen Herkunft thematisiert wird. Auf der Internetseite des Hamburger Sportbundes e.V. wiederum wird darüber informiert, dass selbst in diesem großen Bereich mit vielen ehrenamtlich Tätigen Personen mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert sind. „In neun von zehn Vereinen gibt es keine Person mit Migrationshintergrund, die ein Amt übernommen hat“, wird dort der Gießener Soziologe Professor Michael Mutz zitiert, der seit Jahren zur Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am vereinsorganisierten Sport forscht.

Der „Bericht zur Mitte der 21. Legislaturperiode über die Arbeit des Integrationsbeirats“ (Drs. 21/11985) ist in Bezug auf das ehrenamtliche Engagement von Migrantinnen und Migranten gleich in doppelter Hinsicht ein Alarmsignal. Erstens macht er deutlich, dass die Beteiligung an dem Beirat noch nicht die Stärke hat, die sie haben könnte. Beispielsweise sind vier Sitze im Integrationsbeirat mangels Kandidatinnen und Kandidaten unbesetzt. Damit nimmt sich die wichtige Institution des Integrationsbeirates einen entscheidenden Teil ihrer Schlagkraft. Zweitens kritisiert der Bericht die interne Kommunikation innerhalb des Beirats, ebenso wie die fehlende öffentliche Positionierung des Beirats durch seine Sprecher, was auch daran liegt, dass diese immer nur für ein Jahr gewählt werden und das in einem Gremium, das nur wenige Male im Jahr tagt. Insgesamt erkennt der Senat also, dass Handlungsbedarf besteht, schreibt aber in dem Bericht, dass er erst am Ende der Legislaturperiode über „denkbare Zukunftsoptionen“ berichten wolle. Die Frage der Integration ist jedoch nicht aufschiebbar. Daher ist der Senat jetzt aufgefordert, zu analysieren, warum zum Beispiel Plätze im Rahmen des Beirates nicht besetzt sind und wie, beispielsweise durch Kinderbetreuung, dieser Unterbesetzung kurzfristig entgegengewirkt werden kann. Hamburg steht aktuell vor der großen Herausforderung, Zehntausende Flüchtlinge zu integrieren. Dafür wird ein schlagkräftiger Integrationsbeirat benötigt, der an exponierter Stelle seine Erfahrungen einbringen kann, wie Integration gelingen kann.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Zuarbeit für den 5. Freiwilligensurvey der Bundesregierung zu nutzen, um anhand der Informationen einen eigenen Länderbericht für Hamburg mit Informationen zum Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund zu erstellen oder in Auftrag zu geben und diesen dann auch zeitnah zu veröffentlichen,
2. den Integrationsbeirat bereits im Jahr 2018 anhand der in Drs. 21/11985 angeführten Erkenntnisse zu reformieren und somit schlagkräftiger zu machen, schließlich stellt die Integration vor allem der Flüchtlinge gerade aktuell eine große Herausforderung dar,
3. durch zielgruppenspezifische Maßnahmen speziell auch in Migrantenkreisen für die Ausübung eines Ehrenamts zu werben,
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2018 Bericht zu erstatten.